

möglich, dass man, was sich bei dieser Wahl so angenehm bewährt hat, bei der nächsten wieder versuchen wird. Grund um so mehr für die Sozialdemokratie, alles aufzubieten, den Kreis ihrer Anhänger stetig zu mehren, und alles zu unterlassen, was die Mitläufer unnötig ins Lager der Gegner treibt. Es ist ganz richtig, dass viele Anhänger, ja, selbst bisherige Genossen von uns abgefallen sind, weil sie sich durch Gewerkschaften und Konsumvereine in ihren Interessen verletzt sehen. Aber von der Mehrheit der Mitläufer gilt das nicht. Sie können gewonnen oder zurückgewonnen werden, ohne dass die Sozialdemokratie einen Deut von ihren Forderungen fallen lässt, irgendwie im wirtschaftlichen und politischen Kampf ihre Energie abtönt. Sie können gewonnen werden, und sie müssen gewonnen werden. Jedes Mandat, das die Sozialdemokratie bei Nachwahlen, die ja nicht ausbleiben werden, zurückerobert, schwächt die moralische Wirkung der ihr beigebrachten Nackenschläge, eine Mehrheit siegreicher Nachwahlen würde sie völlig neutralisieren. Denke daher die Partei und ihre Presse stets an den letzten Mitläufer, der ehrenhafterweise für sie gewonnen werden kann, richte sie ihr Augenmerk, um mit Ruskin zu reden, *unto this last*, auf den letzten Mann: er entscheidet die Schlacht.

XX

RICHARD CALWER · KOLONIALPOLITIK UND SOZIALDEMOKRATIE

IN der Parteipresse ist mein im vorigen Heft dieser Zeitschrift veröffentlichter Artikel *Der 25. Januar* vielfach deswegen beanstandet worden, weil er unmittelbar nach der Wahlniederlage geschrieben und veröffentlicht sei. Dagegen müsse *nachdrücklichst Verwahrung* eingelegt werden. Die Parteiorgane, die sich in dieser Weise über die Veröffentlichung meines Artikels äusserten, haben jedenfalls übersehen oder vergessen, wie das Zentralorgan der Partei mich während des Wahlkampfes zu diskreditieren versucht hat. Damals fiel es keinem einzigen Parteiorgane, keiner Parteiinstanz ein, nachdrücklichste Verwahrung gegen die Polemik des *Vorwärts* einzulegen, obgleich sie damals sehr wohl am Platze gewesen wäre. Während der Dauer des Wahlkampfes habe ich dann meine Antwort auf die Angriffe des Zentralorgans noch für mich behalten. Nach den Wahlen aber hatte ich keinen Grund mehr, länger zu schweigen. Wenn daher einige Parteiorgane mir vorwerfen wollen, ich hätte die Polemik unzeitgemäss vom Zaune gebrochen, so kannten sie wohl den Sachverhalt nicht, andernfalls wäre mir ihre formelle Beanstandung meines Artikels ganz unverständlich. Auch in der Entgegnung auf meinen Artikel schlägt der *Vorwärts* noch immer einen Ton an, der der Mahnung des Parteivorstandes, Meinungsverschiedenheiten sachlich auszutragen, nicht durchweg entspricht. Das soll mich indes nicht abhalten, auf die Einwände des *Vorwärts* gegen meine Auffassung ruhig einzugehen. Am unangenehmsten scheint der *Vorwärts* von meiner Stellungnahme zur Kolonialpolitik berührt zu sein, obwohl ich aus ihr nie ein Hehl gemacht habe. Ich will diese meine Stellungnahme hier näher präzisieren und begründen.

Der *Vorwärts* leitet ein Hauptargument gegen eine deutsche Kolonialpolitik daher, dass er auf die gewaltige wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands während der kolonielosen Vergangenheit hinweist. Der deutsche Kapitalismus könne sich also sehr wohl ohne Kolonien weiter entwickeln. Diese anti-

koloniale Haltung könnte dann verstanden werden, wenn Deutschlands Kapitalismus im Gegensatz zu dem anderer Länder einzig und allein Kolonialpolitik treiben würde. Aber tatsächlich liegen doch die Verhältnisse so: Gerade die industriell leistungsfähigsten Länder treiben Kolonialpolitik, und Deutschland hinkt reichlich spät mit seiner Weltpolitik hinter den andern her. Nun hat aber Deutschland auf dem Weltmarkt wahrhaftig keine leichte Position: Auf der einen Seite steht das kolonieengesehene England, das immer mehr dem Ziele eines Reichszollvereins näher rückt, auf der andern steht die nordamerikanische Union, die nicht nur Südamerika als ihre Domäne betrachtet, sondern die uns auch aus natürlichen, technischen und wirtschaftsgeschichtlichen Gründen in vieler Beziehung überlegen und gefährlich ist. Japan und Russland können wir zurzeit noch ausserhalb unserer Kombinationen lassen. Mitten drin steht nun Deutschland, es kämpft einen äusserst schwierigen Kampf nicht nur um die Erhaltung und Erweiterung seiner Absatzmärkte, sondern auch um die Sicherung und Verbilligung seiner Rohstoffbezüge. Sowohl England, wie Amerika bekunden das deutliche Bestreben, ein in sich abgeschlossenes, möglichst sich selbst genügendes Wirtschaftsganze zu bilden. Man lächelt oft über den Ernst solcher Tendenzen und übersieht ganz und gar die schon erreichten Erfolge der Bewegung. Ist doch England jetzt glücklich so weit, dass ihm in fast allen seinen Kolonien eine Vorzugsstellung gegenüber anderen Ländern eingeräumt ist. Die englische Industrie schafft sich so einen vorteilhafteren Markt, als ihn unsere Industrie hat; sie verfügt aber auch dank den Kolonien über einen Reichtum von gewerblichen Rohstoffen, der das Mutterland im Rohstoffeinkauf sehr begünstigt. Die Vereinigten Staaten haben alle gewerblichen Rohstoffe sicherlich weit billiger, als wir, sie haben für ihre industrielle Entwicklung einen noch ständig und rasch wachsenden aufnahmefähigen inneren Markt und suchen, darüber hinaus namentlich Mittel- und Südamerika für die Erweiterung ihres Marktgebietes zu gewinnen. Dabei muss weder in Amerika, noch in England die Entfaltung der Industrie in ähnlicher Progression vor sich gehen, wie in Deutschland. In England ist der Bevölkerungszuwachs Deutschland gegenüber relativ klein; in Amerika aber macht die Ausdehnung der Industrie keine Sorge, da noch ungeheure Strecken besiedlungsfähig sind, und die besiedelten dichter bevölkert werden können. Ganz anders in Deutschland. Wir haben einen jährlichen Bevölkerungszuwachs von rund 900 000 Köpfen. Die Landwirtschaft ist nicht in der Lage, diesen Zuwachs ernähren zu können, er muss in der Hauptsache dem gewerblichen Arbeitsmarkt zugeführt werden. Die gewerbliche Erzeugung Deutschlands wird wachsen und muss wachsen, stärker, als in jedem anderen für uns in Frage kommenden Industrieland. Für die steigende Erzeugung muss aber auch Absatz, möglichst günstiger Absatz gesucht und gefunden werden, es muss weiter auf eine ausgiebige Rohstoffversorgung Bedacht genommen werden. Wie sollen nun diese beiden Aufgaben gelöst werden? Ich gebe zu: es gibt kein Universalmittel; das deutsche Unternehmertum respektive in seinem Auftrage der Staat muss vielmehr eine Reihe von Wegen einschlagen, um das Ziel mit einiger Wahrscheinlichkeit zu erreichen. Für eines dieser Mittel hält nun der deutsche Kapitalismus die Erwerbung und die Exploitation von Kolonien.

Als Vertreter der Interessen des deutschen Arbeitsmarktes

frage ich mich nun, ob durch die Kolonialpolitik die Arbeiterbevölkerung gewinnt oder verliert. Ich betrachte die Frage hier nicht vom politischen oder vom Standpunkte des Steuerzahlers, sondern vom rein wirtschaftlichen Gesichtspunkte aus. Dass die deutschen Kolonien in nächster Zeit schon einen irgendwie nennenswerten Vorteil für den deutschen Arbeitsmarkt bringen werden, halte ich für ausgeschlossen. Aber ebenso verkehrt halte ich es, in unseren Kolonien ein wertloses Objekt zu sehen. Wie niedrig haben die Römer Deutschland eingeschätzt, und was ist doch aus dieser *terra vasta* geworden! Man hüte sich in solchen Dingen vor Übertreibungen nach irgend einer Seite hin. Das eine lässt sich aber doch heute schon sagen, dass einige Kulturen in unseren Kolonien Erfolg versprechen, und dass auch die Bodenschätze nicht ganz gering zu veranschlagen sind. Dass es Geld, viel Geld kosten wird, die Kolonien gewinnbringend zu gestalten, ist gar keine Frage. Man muss in das Geschäft erst reichlich Kapital hineinstecken, ehe man auf Erträge für die gesamte Volkswirtschaft rechnen kann. Nehmen wir nun den Fall, dass wir zum Beispiel Baumwolle in nennenswertem Umfange in unseren Kolonien gewinnen würden, so würde ein solcher Erfolg allein schon indirekt auf unseren Arbeitsmarkt günstig einwirken. Vor zwei Jahren herrschte eine gewaltige Aufregung wegen der knappen Versorgung des Weltmarktes mit Baumwolle. Die sogenannte *Baumwollnot* wurde meines Erachtens in den beteiligten Kreisen übertrieben, aber eines zeigte sich damals mit voller Deutlichkeit: der Baumwollbau muss eine Vergrößerung erfahren. Denn gerade der Hauptlieferant, die Vereinigten Staaten von Amerika, benötigen einen immer grösseren Prozentsatz ihrer Baumwollernte zur Weiterverarbeitung im eigenen Lande. Ausserdem nützen sie aber knappes Angebot in unerhörtester Weise zu Baumwollspekulationen grössten Stiles aus, deren Kosten die kontinentale Baumwollindustrie in erster Linie zu bezahlen hat. Gelingt es Deutschland, in einer eigenen Kolonie Baumwolle zu bauen, so gewinnt es nicht nur als Verkäufer Einfluss auf dem Rohbaumwollmarkt, sondern wird auch seinen Rohstoff billiger einkaufen können. Das wäre aber ein grosser, wenn auch zunächst indirekter Vorteil für den Arbeitsmarkt der deutschen Textilarbeiter. Denn billigerer Rohstoff bedeutet eine Herabsetzung der Herstellungskosten, bedeutet weiter bei einer starken Organisation der Arbeiter die Möglichkeit höherer Löhne, während bei den starken Schwankungen des Baumwollpreises in den letzten Jahren Lohnbewegungen im Baumwollgewerbe ziemlich aussichtslos sein mussten. Es ergibt sich so für den deutschen Arbeitsmarkt sehr wohl die Möglichkeit, dass unsere Kolonien ihm erhebliche indirekte Vorteile bringen. Diese Möglichkeit ist jedenfalls wahrscheinlicher, als die gegenteilige, wonach die Kolonien gänzlich wertlos sein sollen. Wenn das deutsche Unternehmertum der Ansicht ist, dass es zur Absatzsteigerung und zur Sicherung seiner Rohstoffbezüge Kolonien notwendig hat, so können die Arbeiter so lange nichts gegen die Kolonialpolitik einwenden, solange und sofern die Kosten hierfür aus dem Kapitaleinkommen gedeckt, und die politischen Interessen der Arbeiter nicht berührt werden. Das Unternehmertum hat nun einmal bei seiner heutigen Stellung im Produktionsprozess die Aufgabe, für die Beschaffung der Rohstoffe, sowie für den Absatz der Erzeugnisse zu sorgen. Bei der Ausführung dieser Aufgabe können wir dem Unternehmertum nicht beliebige Vorschriften machen, namentlich dann nicht, wenn wir sehen, dass

in anderen Industrieländern die von dem deutschen Unternehmertum geübten Mittel längst angewendet werden.

So beurteile ich die Kolonisation rein wirtschaftlich vom Standpunkte des gewerblichen Arbeitsmarktes. Aber da ich Sozialist bin, frage ich mich auch, wie denn die heutige Kolonialpolitik auf die weltwirtschaftliche Entwicklung einwirkt. Bin ich als Vertreter der Interessen des Arbeitsmarktes einigermaßen skeptisch, so gestehe ich ganz offen, dass ich als Sozialist prinzipiell die kapitalistische Erschliessung eines Landes, mag sie auch in bekämpfungswerten Formen vor sich gehen, immer als einen Fortschritt in der Richtung auf den Sozialismus hin begrüssen werde. Wir haben in der Partei fast ganz und gar vergessen, dass der Kapitalismus neben seinen Schattenseiten doch auch die grössten wirtschaftlichen Fortschritte gebracht hat und noch bringt. Es ist in hohem Grade kurzsichtig, diese fortschrittliche Seite zu ignorieren, sie gar negieren zu wollen. Es liegt nun allerdings für einen Sozialisten nahe, die Entfaltung des ausländischen Kapitalismus trotz seiner Schattenseiten zwar mit grosser Genußnahme zu verfolgen, dagegen an dem Unternehmertum seines eigenen Landes hauptsächlich die Schattenseiten zu sehen und darum die weltpolitische Betätigung dieses Unternehmertums zu bekämpfen. Diese Haltung, die sich mit internationalen Gesichtspunkten zierte, ist grundverkehrt. Zunächst leben wir noch in einem nationalen Rahmen, aus dem auch die Arbeiterklasse nicht heraus kann. Wir müssen unserem Kapitalismus die nämliche Bewegungsfreiheit zu seiner weiteren Entfaltung zubilligen, wie sie der Kapitalismus des Auslandes hat, ja, wir müssen wünschen, dass unser nationaler Kapitalismus seine Einfluss-sphäre womöglich stärker und mächtiger entwickelt, als der Kapitalismus des Auslandes. Denn mit der Höhe dieser Entwicklung hängt nicht nur eng das relative Ergehen der Arbeiterklasse zusammen, sondern mit ihr wandelt sich auch die ganze Struktur des Wirtschaftskörpers in sozialistischer Richtung um. Es könnte mir ja jemand den Einwand machen und sagen: Wozu Welt- und Kolonialpolitik? Das birgt doch internationale Verwickelungen in sich, und die müssen unter allen Umständen vermieden werden. Wenn unsere Industrie ohne Weltpolitik nicht weiterkommen sollte, gut, dann muss eben das überschüssige Menschenmaterial auswandern. Wir haben doch auch im Laufe des letzten Jahrhunderts überschüssiges Menschenmaterial genug an Amerika abgegeben, und stehen heute doch gross da. Also, es geht auch so. Gewiss, Deutschland wird auch ohne Kolonien, ohne Weltpolitik bestehen bleiben; aber es wird in seiner wirtschaftlichen Entwicklung zurückkommen. Grosse Verluste an Menschen bedeuten eine Stagnation der wirtschaftlichen Entwicklung, während umgekehrt die Notwendigkeit, eine stark steigende Bevölkerung innerhalb eines bestimmten nationalen Rahmens ernähren zu müssen, die kapitalistische Entwicklung kräftig vorwärts treibt. Genau so, wie mit dem Menschenmaterial, verhält es sich mit dem Kapital. Der *Vorwärts* spricht davon, dass wir 25 Milliarden Mark im Auslande angelegt haben. Jawohl, aber diese 25 Milliarden sind bis zu einem gewissen Grade der nationalen deutschen Volkswirtschaft ebenso verloren, wie die Hunderttausende von Menschen, die wir an Amerika abgegeben haben. Sie bilden jedenfalls kein Ferment für die Entwicklung unseres nationalen Kapitalismus und sind dem Einfluss der deutschen Wirtschaftspolitik entzogen. Steigende Kapital- und Menschenmassen innerhalb eines nationalen Wirtschaftsganzen treiben aber nicht nur die wirtschaftliche

Entwicklung am raschesten vorwärts, sondern sie rennen auch mit Macht gegen die Enge der heutigen nationalen Schranken an und nötigen zu einer Erweiterung der nationalen Grenzen über ihr jetzt von ihnen eingeschlossenes Gebiet. Der Sozialist muss daher im Rahmen seines nationalen Wirtschaftsorganismus wirken, wenn er nicht in der luftigen Höhe reiner Theorie bleiben will. Er muss dafür eintreten, dass nach dem Zwange der wirtschaftlichen Bedürfnisse der nationale Markt sich immer mehr erweitert, sei es durch Zollunionen, sei es durch Kolonien, sei es durch beides. Gerade diese Erweiterung der nationalen Wirtschaftsgebiete, zu der die internationale Konkurrenz immer mehr zwingt, steigert die Produktivkräfte und garantiert eine immer höhere Organisierung der gesamten Produktion in einer für den Sozialismus erfreulichen Weise, während die Verzettlung von Menschen und Kapital in anderen Konkurrenzwirtschaften die kapitalistische Entwicklung des eigenen Landes hemmt und verlangsamt. Der nationale deutsche Kapitalismus muss sich voll ausleben, bevor der Sozialismus wachsen und erstarken kann. Nicht an zweiter und dritter, sondern möglichst an erster Stelle möchte ich als Sozialist Deutschland stehen sehen, wenn es gilt, die grundlegenden Formen einer weltwirtschaftlichen Organisation für Produktion und Distribution zu schaffen. Die nationalen Gegensätze bestehen eben noch, wir können sie mit dem besten Willen nicht wegreden, sie werden sich mit der Ausdehnung der wirtschaftlichen Einheitsmarktgebiete vereinfachen, aber sie werden bestehen bleiben, bis eine wirkliche Weltwirtschaft im strengen Sinne des Wortes und damit dann auch der Sozialismus sich herausgebildet hat.

Als Vertreter der Interessen des Arbeitsmarktes sehe ich die Wahrscheinlichkeit eines indirekten Nutzens aus unseren Kolonien für die deutsche Arbeiterklasse, als Sozialist aber kann ich die Expansion des deutschen Kapitalismus im nationalen Rahmen durchaus begrüßen. Wie stelle ich mich nun aber in der Praxis als Sozialdemokrat gegenüber kolonialpolitischen Forderungen? Ich habe schon einen Gesichtspunkt angedeutet, der es mir unmöglich macht, als Sozialdemokrat für kolonialpolitische Forderungen zu stimmen. Die Ausgaben für Kolonien dürfen auf keinen Fall aus dem Lohn einkommen, sondern müssen aus dem Kapitaleinkommen gedeckt werden. Ich habe vor kurzem diese Auffassung in meiner *Wirtschaftlichen Wochenschau* begründet und gebe daraus den einschlägigen Passus hier wieder:

»Die Verfassung unserer heutigen Wirtschaft gründet sich darauf, dass der Verkäufer der Ware *Arbeitskraft* auf den gesamten Produktionsprozess, sowie auf die Distribution der Waren keinen direkten Einfluss hat, nach Ansicht der Arbeitgeber auch keinen haben soll und kann. Der Arbeiter verkauft seine Arbeitskraft und erhält dafür seinen Lohn; alles andere hat ihn nicht zu kümmern. Wie der einzelne Arbeitgeber produziert, woher und zu welchen Preisen er seine Rohstoffe und Betriebsmaterialien bezieht, welche Betriebsform er sich einrichtet, mit welchen technischen Mitteln er arbeitet, zu welchen Preisen er die fertige Ware verkaufen will, wo er seinen Absatz sucht und findet: alles das ist die Sache des Arbeitgebers; in diese Angelegenheiten hat der Arbeiter nicht hineinzusprechen, sie sind vielmehr die ausschliessliche Domäne des Arbeitgebers, und wehe den Arbeitern, die dieses Herrschaftsgebiet des Arbeitgebers nicht respektieren wollten. Sie würden schön nach Hause geschickt werden, der Arbeitgeber würde ein sehr deutliches *Ich bin der Herr im Hause* sprechen. Dafür nun, dass der Arbeitgeber in seinem Betriebe Herr über Produktion und Distribution ist, hat er auch das gesamte Risiko der geschäftlichen Ergebnisse: auf der einen Seite die Möglichkeit grosser Erfolge, auf der anderen Seite die von mehr oder weniger erheblichen Verlusten. Im Durchschnitt überwiegt der Erfolg. Die Gesamtheit der Arbeitgeber und des hinter ihm stehen-

den Kapitals hat aus dieser Herrenstellung im Wirtschaftsleben alle die Erträgnisse, die man unter der Bezeichnung *Unternehmergewinn* zusammenfassen kann. Aus dieser Stellung der Arbeiter und der Arbeitgeber resultiert ohne weiteres, dass es nicht die Aufgabe der Arbeiter ist, für eine Steigerung des Absatzes zu sorgen, sondern dass diese Aufgabe dem Unternehmertum kraft seiner Stellung im Produktionsprozess zukommt. In Wirklichkeit denkt auch kein Arbeitgeber anders; er hält es für selbstverständlich, dass er für die Steigerung der Umsätze Sorge zu tragen hat. Wenn zum Beispiel ein Arbeitgeber einen recht umfangreichen Auftrag erhalten hat, so wird ihm ein solcher in der Regel nicht ohne erhebliche Spesen zufallen. Er hat Reisende, Vertretungen, Agenten usw. zu unterhalten, die neue Absatzgebiete erschliessen, neue Kunden gewinnen, und er trägt die Kosten hierfür, ohne dass es ihm einfielle, seine Arbeiter, die mit ihrem Lohne ein für allemal abg gespeist sind, für diese besonderen Spesen noch einmal tributpflichtig machen zu wollen. Dabei ist es zweifellos, dass den Arbeitsmarkt die Höhe der den Fabrikanten zufließenden Aufträge indirekt ganz erheblich berührt. Ein starkes Anwachsen des Absatzes vermehrt die Arbeitsgelegenheit und steigert in weiterer Folge unter Umständen auch das Lohnniveau. Aber trotz dieses indirekten Nutzens denkt niemand daran, die Spesen für die Erweiterung des Marktes aus den Löhnen der Arbeiter decken zu wollen. Was nun aber für den einzelnen Betrieb gilt, das gilt verallgemeinert auch für die grosse Wirtschaftspolitik. Warum braucht das Unternehmertum und das Grosskapital Kolonien? Aus einer Reihe von Gründen. Die deutsche Industrie will Rohmaterialien in ihnen gewinnen, sie will ihren Warenumsatz vermehren, sie will dadurch das Preisniveau der Waren zu ihrem Vorteil beeinflussen, kurz, sie will dem Kapital neue und bessere Verwertungsmöglichkeiten schaffen. Alles das sind Ziele und Aufgaben, die nach unserer heutigen wirtschaftlichen Verfassung zu Lasten des Kapitals, zu Lasten des Unternehmertums gehen, nie und nimmer aber zu Lasten des Arbeitsmarktes. Nicht aus den Lohnsummen, sondern aus den Kapitalgewinnen müssen diese allgemeinen Kosten für Beschaffung von Rohmaterial und für die Erschliessung neuer Marktgebiete, falls sie gemacht werden sollen, bestritten werden. Wie der einzelne Fabrikant diese Kosten für seinen eigenen Betrieb auf sich selbst nimmt, so hat die Gesamtheit der Kapitalisten und Unternehmer dafür, dass ihnen der gesamte Kapitalgewinn zufließt, auch alle jene Generalunkosten auf sich zu nehmen, die für die Gesamtheit der Kapitalisten und Unternehmer zur Erweiterung des Marktgebietes für ihre Produkte und zur Beschaffung von Rohstoffen vom Staate gemacht werden. Das ist so klar und liegt bei der heutigen wirtschaftlichen Verfassung so einfach, dass es eine unerhörte Zumutung an die Arbeiter ist, aus den Lohnsummen die Ausgaben für die Kolonien in der Hauptsache bezahlen zu wollen.*

Neben diesem aus der wirtschaftlichen Stellung des Arbeiters im heutigen Produktionsprozesse sich ergebenden Grunde kommen noch allgemein politische Gründe hinzu, die mir als Sozialdemokraten es zurzeit verbieten, für kolonialpolitische Forderungen einzutreten. An der Kolonialpolitik ist der Staat beteiligt; er muss sogar die Führung übernehmen. Die Sozialdemokratie kann aber die Regierung nicht unterstützen, solange noch wesentliche Grundrechte der Arbeiterklasse vorenthalten sind, solange namentlich nicht eine demokratische Entwicklung unserer politischen Verhältnisse gewährleistet ist. Die Arbeiterschaft vermag sich im grössten Teile Deutschlands politisch noch keine Geltung zu verschaffen, da die Regierungen ihr die politische Gleichberechtigung mit den anderen Staatsbürgern vorenthalten. Ein überaus grosser Teil der deutschen Arbeiterschaft, das Heer der Landarbeiter, entbehrt noch immer der Koalitionsfreiheit, das Gesinde steht unter einer veralteten, menscheunwürdigen Ordnung. Polizei, Verwaltung und selbst Gerichte stehen überwiegend auf dem Standpunkte, dass die Gesetze den Arbeitern und ihren politischen und wirtschaftlichen Vertretern gegenüber anders auszulegen und anzuwenden seien, als gegen andere Schichten des Volkes, obwohl die Gleichheit vor dem Gesetz eine Hohn ist, solange Verwaltung und Rechtsprechung diese Gleichheit zu

einer krassen Ungleichheit verkehren können und dürfen. Eine Regierung, die diese tatsächlich noch bestehende politische Diskreditierung der mächtigsten Schichten im deutschen Volke zulässt und zu rechtfertigen sucht, muss, solange dieser Zustand andauert, bei allen ihren Operationen auf jegliche Mitwirkung der Arbeiterpartei verzichten. Wer der Arbeiterpartei eine andere Politik zumutet, der verlangt von ihr die Anerkennung ihrer politischen Minderwertigkeit im Vergleich zu den politisch bevorzugteren Volksschichten. Die stärkste Schicht unseres Volkes kann und muss mit ihrer politischen Mitarbeit warten, bis man sie braucht. Man wird sie brauchen, und man wird ihr die Ansprüche auf politische Gleichberechtigung dann auch nicht länger verweigern können. Das sind in der Hauptsache die wirtschaftlichen und politischen Gründe, die es notwendig machen, dass die politische Vertretung der Arbeiterklasse sich gegenüber kolonialpolitischen Forderungen ablehnend verhalten muss.

Der *Vorwärts* will Deutschland vor der Kolonialpolitik bewahren, weil sie internationale Konflikte heraufbeschwören, weil sie die Grossmachtstellung Deutschlands bedrohen kann. Diese Möglichkeit ist gewiss nicht zu leugnen, aber umgekehrt kann man auch behaupten, dass bei einer Nichtbeteiligung Deutschlands an der Weltpolitik ihm sein Ansehen als Grossmacht verloren gehen muss und wird. Wollen wir auf dem Weltmarkt mit England und Amerika an der Spitze bleiben, so müssen wir nicht nur wirtschaftlich, sondern auch politisch mit unseren Rivalen konkurrieren können. Hier komme ich daher noch mit einigen Worten auf die eng mit der Kolonialpolitik zusammenhängende Flottenpolitik. Man sagt: Deutschland braucht keine starke Kriegsflotte, es bedroht dadurch nur den Frieden. Dieser einfache Satz ist ja in seiner Allgemeinheit sicherlich nicht zu bestreiten, aber er gilt nicht nur für Deutschland, er gilt doch ebenso auch für das Ausland. Grosse Kriegsflotten sind wohl kein erfreuliches Zeichen der Kulturentwicklung der Menschheit, aber sie sind da, sie werden vom Auslande gebaut, und es lässt sich nicht bestreiten, dass bei der Entscheidung von allen wirtschaftlichen Fragen, ob es zu einem Krieg kommt oder nicht, der tatsächliche Einfluss eines Landes an der Stärke seiner Flottenmacht gemessen wird. Was soll nun angesichts dieses Tatbestandes das kapitalistische Deutschland tun? Soll es auf jeden weltpolitischen Einfluss verzichten, kann es auf ihn verzichten? Wäre es auch nur im Interesse des Arbeitsmarktes erwünscht, wenn es darauf verzichten würde, oder soll es nicht vielmehr seiner industriellen und kommerziellen Entwicklung entsprechend sich gleichfalls durch eine starke Flotte für alle Fälle auf das äusserste gefasst machen? Gewiss bekämpft der Sozialismus, nach wie vor, den Austrag jeden politischen Konflikts mit der Waffe, aber er kann sich doch nicht der Tatsache verschliessen, dass, so, wie die Dinge heute nun einmal liegen, das einzelne Land in einer Zwangslage sich befindet. Wenn wir Sozialdemokraten heute das Staatsruder in die Hand bekämen, was könnten wir denn als Sozialisten tun? Wir könnten Vorschläge zu einer internationalen Abrüstung machen, ich glaube aber kaum, dass wir damit bei vielen Ländern Erfolg haben würden. Was aber dann? Würden wir den Mut haben, unsererseits kurzer Hand abzurüsten und unserer Macht dem Auslande gegenüber zu entblößen? Nein, das würden und könnten wir selbst als Sozialisten nicht tun. Wir haben Gründe anderer Art wahrhaft genug, um unsererseits die Ablehnung und auch die Bekämpfung von

Flottenvorlagen in durchaus befriedigender Weise rechtfertigen zu können. Was ich oben sagte, kann ich hier wiederholen: Die politische Behandlung der Arbeiter durch Regierung, Verwaltung und Gerichte, die einflusslose Stellung des Arbeiters im Produktionsprozess, endlich die Frage der Kostendeckung genügen völlig, um einen radikal ablehnenden Standpunkt bei Flottenvorlagen zu rechtfertigen. Wenn aber, wie es der Sozialismus will und muss, auf eine Verminderung der hohen Rüstungen hingewirkt werden soll, so schlage man gangbare Wege ein. Man strebe nach einer Annäherung der mitteleuropäischen Staaten. Hat man erst dieses Ziel erreicht, dann wird sich für die in Betracht kommenden Länder ganz von selbst die Herabminderung der Kriegsrüstungen zu Wasser und zu Lande ergeben. Wie die einzelnen Staaten der nordamerikanischen Union keine Heere und keine Flotten gegen einander zu halten brauchen, so würde auch für die mitteleuropäischen Staaten die Heeres- und Flottenlast bis auf ein geringes wegfallen können, bildeten sie ein grosses Wirtschaftsganze. Dahin drängt aber die wirtschaftliche Entwicklung, in der Erreichung dieses Zieles liegt die einzige realisierbare Möglichkeit einer Verringerung der hohen Versicherungskosten gegen Angriffe von aussen.

Damit hätte ich meine Stellung zur Kolonial- und Weltpolitik näher umschrieben und begründet. Es bleibt mir noch übrig, einige Einwände des *Vorwärts* zu berücksichtigen, die im bisherigen Zusammenhang keine Erwähnung finden konnten. Der *Vorwärts* sucht handelsstatistische Ziffern gegen die Notwendigkeit von Kolonien zu verwerten. Das ist nicht angängig, da der Wert von Kolonien sich keineswegs im Warenverkehr mit dem Mutterlande wiederzuspiegeln braucht, sich vielfach darin überhaupt nicht spiegelt. Weiter halte ich es für gänzlich verfehlt, Deutschland mit Belgien, Holland, Spanien und auch Frankreich in kolonialpolitischer Beziehung auf eine Stufe zu stellen. Die riesige Entwicklung der deutschen Produktivkräfte erfordert ganz andere Vorkehrungen für die Sicherung von ausländischen Rohstoffen und Absatzgebieten, als es bei kleineren oder industriell weniger aufstrebenden Staaten der Fall ist. Dass die Kolonien deutschen Arbeitern keine direkte Erwerbsofferte bieten, das kann dem *Vorwärts* allerdings niemand bestreiten. Aber mit der Feststellung dieser Tatsache wird doch gegen die Notwendigkeit einer deutschen Kolonialpolitik so wenig bewiesen, wie mit der Behauptung, dass in den Kolonien Kolonialagrarien und Kolonialnabobs herangezüchtet werden. Ja, in aller Welt, ist denn in der kapitalistischen Ära dies nicht der einzige Weg wirtschaftlichen Fortschritts? Ist denn nicht das möglichst rasche Wachsen des produktiven Kapitals die unerlässliche Bedingung auch für eine passable Lage der Arbeiter? Und holen etwa nicht die Kapitalisten gerade aus Kolonien recht viel produktives Kapital? Nächstens sind wir ja glücklich so weit, dass für den *Vorwärts* die kapitalistische Entfaltung auf internationaler Stufenleiter überhaupt ein bekämpfenswerter Auswuchs ist, während sie tatsächlich ein doppeltes Gesicht hat: Auf der einen Seite schafft sie die Vorbedingungen für eine sozialistische Wirtschaftsorganisation, und deswegen bedeutet sie auf alle Fälle eine höchst fortschrittliche Erscheinung. Dass dieser Fortschritt andererseits auch von sozialen, politischen und wirtschaftlichen Schattenseiten begleitet ist, soll von uns gewiss nicht übersehen werden; aber diese Schattenseiten dürfen doch nicht so aufgebauscht werden, dass man darüber den fortschrittlichen Charakter der ganzen Entwicklung gar nicht mehr zu erkennen vermag.

Endlich noch eine Bemerkung. Der *Vorwärts* meint am Schlusse seiner Ausführungen, kraft ihrer Überzahl könne die nichtbesitzende Klasse heute schon die politische Macht erobern. Die nichtbesitzende Klasse war, seit es Klassenkämpfe gibt, wohl immer numerisch der jeweilig herrschenden Klasse überlegen. Mit der Feststellung der numerischen Überlegenheit ist es noch lange nicht getan, sonst müsste die menschliche Gesellschaft schon heute ein ganz anderes Gesicht zeigen. Gerade die letzte Reichstagswahl hat doch zur Genüge gezeigt, dass die Feststellung des *Vorwärts* gar nichts besagen will. Von der gesamten deutschen Bevölkerung haben sich etwa 15 Millionen zu unserer Partei bekannt, während 45 Millionen noch auf der Gegenseite stehen. Nun sagt der *Vorwärts*: wir müssen das Proletariat zum Klassenbewusstsein erwecken. Gut. Aber Proletariat im modernen Sinne ist nicht gleichbedeutend mit nichtbesitzender Klasse. Das Proletariat hat überwiegend gleiche wirtschaftliche und politische Interessen, keineswegs gilt das aber von der nichtbesitzenden Klasse überhaupt. Die wird die Interessen des Proletariats eben nur dann haben, wenn sie Proletariat geworden ist. Die weitere Vermehrung des Proletariats ist aber nur eine Folge der weiteren Entfaltung der Grossindustrie, des Grosskapitalismus. Wir zäumen nun das Pferd beim Schwanz auf, wenn wir auf der einen Seite der weltpolitischen Ära des Kapitalismus den Krieg erklären, auf der anderen Seite aber mit der nicht homogenen Masse der nichtbesitzenden Klasse glauben, die staatliche Macht erobern zu können. Wenn eine solche Taktik erfolgreich sein könnte, dann lebten wir heute schon längst in der besten der Welten.

XX

MAX SCHIPPEL · EUROPÄISCHE LANDWIRTSCHAFT UNTER FREIHANDEL UND ZOLLSCHUTZ

I



ERADE auf dem *linken* Flügel unserer Partei sind seltsamerweise wiederholt Stimmen laut geworden, dass bei den handelspolitischen Meinungskämpfen in England die unbefangene Würdigung der Gegenwartsmissstände und der weitere Blick für Zukunftsmöglichkeiten und -wahrscheinlichkeiten unbedingt den Freihandelsgegnern zuerkannt werden müsse, während umgekehrt die Freihändler mit Vorliebe als das einsichtslos träge Beharrungselement des englischen öffentlichen Lebens dargestellt wurden. So spottete sowohl in der Londoner *Justice*, wie in der *Neuen Zeit* Genosse Rothstein seinerzeit über den »albernen Optimismus« des englischen Freihändlers:

»Er [der Freihändler] versteht keinen einzigen Gesichtspunkt der Frage, weil er die Frage selbst ablehnet. Nicht so der Schutzzöllner. Er weiss, dass Englands industrielle und kommerzielle Stellung nicht mehr die selbe ist, die sie früher war. Er ist eher geneigt, den Ernst der Lage zu übertreiben, als zu unterschätzen.«¹⁾

Einer solchen radikalen Verurteilung der *optimistischen Freihandelsalbernheit* — warum immer gleich so heftige Worte? — wird man zwar nur mit Vorsicht und unter Einschränkung zustimmen dürfen. Zweifellos jedoch hat die chamberlainitische Literatur, mit den *Reports of the Tariff Commission* an der Spitze, mutig und mitunter sogar überraschend tief hineingeleuchtet in die wirtschafts-

¹⁾ Vergl. Th. Rothstein *Der Niedergang der britischen Industrie in der Neuen Zeit*, 1903-1904-1. Bd., pag. 308.